

Kommentar

Noch nicht das letzte Wort

War's das jetzt im Einbürgerungspoker? Installiert der Thurgau die höchste Sprachbarriere der Schweiz und die SVP erhält ihren Willen? Das gestrige Abstimmungsresultat lässt zumindest den Schluss zu, dass die Anhänger verschärfter Einbürgerungsaufgaben sogar noch Boden gutgemacht haben. Man spricht deutsch, genügt diesen Schweizermachern nicht mehr. Man muss gut deutsch sprechen, um ein guter Schweizer sein zu können.

Weil aber aller guten Dinge drei sind, sollte niemand auf die Idee kommen, bereits die Korken knallen zu lassen. Zwei Abstimmungen sind zwar gewonnen. Aber die dritte folgt sogleich. Wie bei jedem Gesetz wird es auch hier noch eine Schlussabstimmung geben.

Deshalb erstaunt es nicht, dass sich die unterlegene CVP überlegt, das von vielen als Schandtat empfundene Gesetz bis zum Schluss zu bekämpfen. Die Aussichten sind intakt. Nur geringfügige Vakanzen im Parlament könnten den Ausschlag geben. Und politisch ist das Ganze sowieso verlockend: Scheitert das kantonale Gesetz, würde bis auf weiteres das liberalere Bundesgesetz gelten.



Christian Kamm
christian.kamm@thurgauerzeitung.ch

Gsaat isch gsaat

«Man weiss nicht, soll man loben oder schelten.» Sonja Wiesmann (SP, Wigoltingen) kommentiert das Budget.

«Ich habe mehr Schelte gehört.» Finanzdirektor Jakob Stark (SVP) kommentiert Wiesmanns Votum.

«Die Zitrone oder – da wir im Thurgau sind – der Apfel ist ausgepresst.» Joe Brägger (GP, Amriswil) will das Budget nicht weiter zerquetschen.

ANZEIGE

Gesucht in Frauenfeld + Umgebung

Bauland
(Abbruchobjekt)

Schnelle, unkomplizierte + transparente Kaufabwicklung.

Ed. Vetter AG, 9506 Lommis
Urs Vetter, 052 369 45 44
urs.vetter@vetter.ch

Die Sprachhürde bleibt stehen

Einbürgerung Das Kantonsparlament hält definitiv an den schweizweit schärfsten sprachlichen Anforderungen für Einbürgerungswillige fest. Mit 65 gegen 53 Stimmen sogar noch klarer als beim ersten Mal.

Christian Kamm
christian.kamm@thurgauerzeitung.ch

Dass es im Grossen Rat erneut zum Schlagabtausch über die Sprachhürde bei Einbürgerungen kommen würde, war nach der Beratung vor vier Wochen absehbar. Mit nur einer Stimme Vorsprung brachte die SVP damals ihren Verschärfungsantrag ins Trockene. Demnach müssen Einbürgerungskandidaten künftig mündlich über eine Deutschkompetenz von B2 verfügen und schriftlich über B1 – beides bezogen auf den europaweit anerkannten Referenzrahmen.

«Das glauben Sie nicht im Ernst»

Prompt kam diese Verschärfung gestern im Parlament anlässlich der zweiten Beratung gleich von zwei Seiten unter Beschuss. Die CVP/EVP-Fraktion wollte die Anforderungen auf je B1 reduzieren. Die Grünen favorisierten die Mindestvorgabe des Bundes von A2/B1. Die Argumente waren dieselben wie im ersten Durchgang. Er könne nicht akzeptieren, dass Handwerker keine Chance mehr hätten, Schweizer zu werden, sagte Antragssteller Stefan Geiges (CVP, Frauenfeld). «Wollen Sie mit dieser hohen Sprachhürde bessere Schweizer machen», meinte Geiges in Richtung SVP. «Das glauben Sie nicht im Ernst.» Gina Rüetschi (Frauenfeld), die den Antrag der Grünen einbrachte, wehrte sich gegen ein elitäres Einbürgerungsrecht. Das Niveau B1/B2 sei klar diskriminierend, «denn das kann man nur erreichen, wenn man weiss, wie man lernt». Für die SP stellte sich Nina Schläfli (Kreuzlingen) hinter beide Anträge.



Kantonsrat Stefan Geiges blieb mit dem Antrag der CVP/EVP-Fraktion in der Minderheit.

Bild: Donato Caspari

Was die SVP hier ins Gesetz schreiben wolle, sei keine massvolle Erhöhung, sondern der Ausschluss ganzer Bevölkerungsgruppen von der Einbürgerung. «So wird die Sprachhürde zum K.-o.-Kriterium.»

«Das sind radebrechende Personen»

Die Gegenseite blieb, auch rhetorisch, nichts schuldig. Als «Schaubernack» bezeichnete SVP-Kantonsrat Pascal Schmid (Weinfelden) die Behauptung, dass B2 dem Matura-Niveau entspreche.

«Wir fordern nichts Unmenschliches, sondern eine Selbstverständlichkeit.» Es gehe immerhin um Einbürgerungen. «Da dürfen wir ein bisschen etwas verlangen, ohne gleich ein schlechtes Gewissen zu haben.» Hermann Lei (SVP) berichtete von seinen Erfahrungen mit dem Anforderungsprofil A2/B1 als Präsident der Frauenfelder Einbürgerungskommission. Diese Einbürgerungskandidaten seien nicht in der Lage, politischen Diskussionen auch nur in Ansätzen zu folgen. «Das sind radebre-

chende Personen, die nur über Persönliches Auskunft geben können.» Wie schon vor vier Wochen reihte sich auch die FDP in dieses Lager ein. Wer eine politische Diskussion nicht verfolgen könne, «kann unser Land mit seinem aussergewöhnlichen politischen System nicht verstehen», warb Brigitte Kaufmann (Uttwil) für den B2-Standard mündlich. In der Endabrechnung holte der Antrag der Grünen lediglich 21 Stimmen. Und der CVP/EVP-Vorstoss unterlag schliesslich gegenüber der SVP-Variante mit

65 zu 53 Stimmen. Chancenlos war der Vorschlag der GLP, auf eine Festlegung des Sprachniveaus im Gesetz zu verzichten und die Angelegenheit in der regierungsrätlichen Verordnung zuregeln (74 Nein, 34 Ja). Brigitte Kaufmann war mit dem Antrag erfolgreich, die Gemeinden bei der Prüfung der Kenntnisse der Lebensverhältnisse und örtlichen Gegebenheiten verbindlicher einzubinden: Diese können jetzt nicht mehr entscheiden, ob sie prüfen wollen, sondern nur noch wie (73 Ja, 34 Nein).

Mit 111 Stimmen zum neuen Generalstaatsanwalt gewählt

Weinfelden Alle Fraktionen und das zuständige Departement unterstützten die Kandidatur Stefan Haffters. Eine Diskussion darüber wünschte niemand. So wählte der Grosse Rat den 50-jährigen Weinfelder ohne Nebengeräusche zum Generalstaatsanwalt. Haffter erhielt in der geheimen Wahl 111 von 128 abgegebenen Stimmen. Auf Vereinzelte entfielen 15, leer wurden zwei eingelegt.

Haffter leitet zurzeit die Staatsanwaltschaft Bischofszell, er ist Stellvertreter des bisherigen Generalstaatsanwalts Hans-Ruedi Graf und Mediensprecher der Thurgauer Staatsanwaltschaft. Er hat in St. Gallen Rechtswissenschaften studiert, ist verheiratet und Vater einer Tochter.

Der Sohn des ehemaligen Regierungsrats Arthur Haffter bemühte sich im Oktober 2015 vergeblich um die Nomination als Regierungsratskandidat seiner



Stefan Haffter Bild: PD

Partei. Wie sein Vorgänger Graf gehört Haffter der FDP an. Graf wird Ende Mai 2018 pensioniert. Urs Martin (SVP, Romanshorn), der die Amtsführung Grafs mehrfach kritisierte, erwartet von Haffter, «dass er jetzt auftrübt». Er müsse überjährige Pendenzen abbauen und das Prozessrecht korrekt anwenden, «damit nicht wieder ein Fall Kümmertshausen passiert». Er müsse fähige Leute anstellen und überwachen. (wu)

Viel Lob und ein wenig Schelte

Budget Das Thurgauer Budget 2018 ist ausgeglichen, da Reserven angezapft werden. Im Grossen Rat kommt es gut an.

Im Vergleich zu den Nachbarkantonen stehe der Thurgau gut da, sagte FDP-Fraktionssprecher Ueli Oswald (Berlingen). Die schwarze Null ist laut GLP/BDP-Fraktionschef Ueli Fisch (Ottoberg) sogar im gesamtschweizerischen Vergleich nicht selbstverständlich. Das am Mittwoch im Grossen Rat behandelte Budget sieht bei Aufwand und Ertrag von je rund 2,1 Milliarden Franken einen Überschuss von 2,1 Millionen Franken vor. Bei den Bürgerlichen fand es deshalb grossen Anklang. Von einer «verantwortungsvollen Finanzpolitik» sprach Daniel Frischknecht (EDU, Romanshorn). Die Leistungsüberprüfung habe gewirkt, meinte Ueli Müller (Weinfelden), Sprecher der CVP/EVP-Fraktion. Die Freude von Vico Zahnd (SVP, Weingarten) wurde getrübt durch den Finanzierungsfehlbetrag von

27 Millionen Franken. Deswegen sinkt das Nettovermögen auf 330 Millionen Franken. Das ist immer noch mehr, als der Thurgau laut Finanzdirektor Jakob Stark braucht. Auch Fisch betonte, dass das operative Ergebnis «nicht so gut» sei, da rund 45 Millionen Franken der Nationalbank und der Schwankungsreserve des nationalen Finanzausgleichs zu verdanken seien.

FDP und SVP kündigten ihre Unterstützung des Sparprogramms «Haushaltsgleichgewicht 2020» an. Für die Detailberatung des Budgets kündigten sie den Antrag an, die neue Fachstelle für Langsamverkehr nur mit 50 statt 100 Stellenprozent zu dotieren, wogegen CVP/EVP und GLP/BDP Widerstand anmeldeten.

SP und GP wollen den Steuerfuss von 117 auf 120 Prozent er-

höhen, und sie lehnen das Sparprogramm ab. «Es gibt nichts mehr zu sparen», erklärte Sonja Wiesmann (SP, Wigoltingen). Laut Joe Brägger (GP, Amriswil) war die letzte Senkung des Steuerfusses zu massiv ausgefallen. «Eine moderate Erhöhung jetzt erspart uns eine deutliche Erhöhung in ein paar Jahren.» Der Kanton müsse neue Aufgaben erfüllen beim Schutz der Tiere und der Fliessgewässer und beim Langsamverkehr.

Der Grosse Rat bewilligte ein Prozent der Gesamtlohnsumme – das gesetzliche Minimum – für individuelle Lohnerhöhungen. Davon werden rund 70 Prozent der Kantonsangestellten profitieren. Nächstes Jahr gibt es voraussichtlich weniger: Der Regierungsrat darf dann maximal ein Prozent der Lohnsumme in eigener Kompetenz verteilen. (wu)